

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 30 (2010)
Heft: 59

Artikel: Die Macht der Finanzwirtschaft in der Schweiz
Autor: Rieger, Andreas
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652599>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Andreas Rieger

Die Macht der Finanzwirtschaft in der Schweiz

Widersprüche im Machtblock und Chancen eines Richtungswechsels

Der Wirtschaftsboom von 2008 hat ein gretes Licht auf die Finanzmächte geworfen. Schlagartig wurde deutlich, auf welch tönernen Füssen der Boom des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus steht. Der Crash hat aber auch die riesige Macht erkennen lassen, welche die Finanzwirtschaft erreicht hat. Die polit-ökonomische und machtpolitische Analyse dieser Entwicklung ist in der Schweiz in den letzten Jahren eher zu kurz gekommen.¹ Dieser Beitrag geht den folgenden Fragen nach: Wie wurde die Finanzwirtschaft zur dominierenden Wirtschaftsmacht in der Schweiz? Warum haben die anderen Wirtschaftsgruppen dies akzeptiert? Sind seit dem Beginn des Wirtschaftsbooms die Widersprüche im Unternehmerblock grösser geworden? Hat man die krisentreibenden Faktoren erkannt? Und zeichnet sich eine neue wirtschaftspolitische Hegemonie ab?

Kräftekonstellation im Golden Age

Das „Golden Age“ der längsten Hochkonjunktur begann in der Schweiz 1944 und dauerte beinahe ohne Unterbruch bis 1971, mithin volle 26 Jahre! In dieser Zeit wurde der dominierende „Machtklumpen“² in der Schweiz durch den „Triangel“ der Wirtschaftsmächte Industrie – Banken – Binnenwirtschaft gebildet. Dieser Triangel bestand in einer austarierten Machtkonstellation, welche der Schweiz jahrzehntelang eine Stabilität bescherte, wie sie nur wenige Länder kannten. Der Triangel war politisch-kulturell nicht homogen: Industrie und Banken waren „weltoffen“ und modernisierungsorientiert, das Gewerbe nationalistisch-binnenorientiert und strukturkonservativ. In der Wirtschaftspolitik bestand jedoch ein Konsens: Aussenpolitisch setzte man auf bilateralen Freihandel, verbunden mit der Ausnutzung des Offshore-Bankenplatzes. Binnenwirtschaftlich kombinierte sich eine Modernisierung der Infrastruktur mit einer protektionistischen Gewerbepolitik. Wichtig war dabei ein ökonomisches Gleichgewicht, welches den drei Wirtschaftsfaktionen vergleichbare Chancen bot, auf das eingesetzte Kapital Renditen zu erzielen.

Die Rentabilität entwickelte sich, nachdem die Jahre 1914-44 vom unberechenbaren Auf und Ab der Geschäfte auf tieferem Niveau geprägt gewesen waren, ab 1945 für alle drei Fraktionen des Triangels kontinuierlich:

Die *Industrie* lieferte mit ihrem intakten Produktionsapparat und ihrem Schweizer Qualitätslabel ab 1944 auf Hochtouren für den Wiederaufbau in die ganze Welt. Ihre Renditen waren über Jahre relativ hoch.

Die *Banken* konnten als Save Haven Vermögen aus aller Welt verwalten,

neue anziehen und damit den Export- wie den Binnenboom finanzieren. Die Eigenkapitalrenditen betrugen in dieser Periode regelmässig 7 bis 10 Prozent, ähnlich viel wie in der Hochkonjunktur vor 1914, aber mehr als in den unsicheren Jahren von 1915 bis 1944 (vgl. Abbildung „Renditen-Schere“).

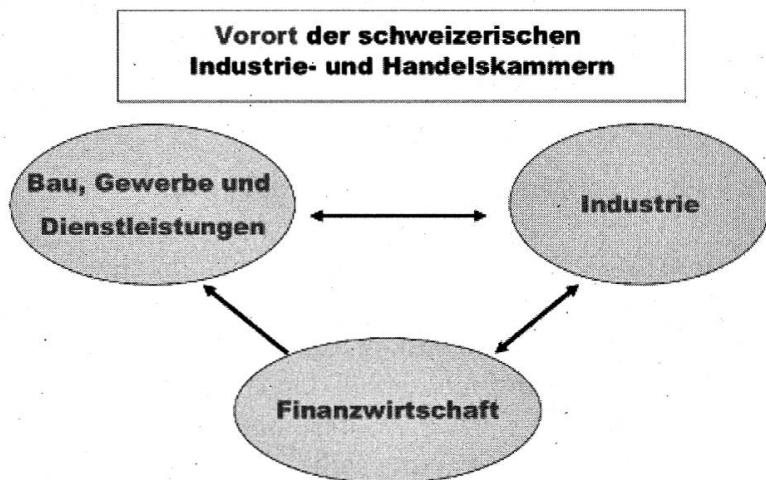
Die *Binnenwirtschaft* florierte ebenso, dank einem immensen Bauboom und einer steigenden Binnenkaufkraft, sowie als „backoffice“ und Zulieferer von Industrie und Finanzwirtschaft.

In dieser Zeit konnte man also in allen drei Bereichen des Triangels reich werden, als (Klein-)Industrieller, als Baumeister, als Händler und als Banker, oder als Couponschneider. Ja selbst die Lohnabhängigen hatten einen Anteil am Boom mit Reallohnnerhöhungen, welche in etwa dem Produktivitätswachstum folgten. Die Bauernschaft hingegen wurde in diesen Jahrzehnten radikal dezimiert. Ein Teil der Bauern konnte durch Landverkäufe ebenfalls zu Reichtum gelangen und politisch behielt die Landwirtschaft und deren Lobby in der Schweiz ein gänzlich überdimensioniertes Gewicht in der Vertretung ihrer Spezialinteressen. Als grosse historische Wirtschaftsmacht hat die Bauernschaft nach dem 2. Weltkrieg jedoch abgedankt.

Politisch hielten die im Triangel vereinten Wirtschaftsmächte zusammen. Dominierende Partei war die Freisinnig-demokratische Partei (FDP), der „Freisinn“, der in sich alle drei Teile des Triangels vereinte: Stark vertreten waren damals die Gewerbetreibenden, ebenso die Lehrer und Freiberufler; Industrielle und Banker kompensierten ihre zahlenmässig kleinere Vertretung mit ihrem grossen Gewicht. Viele der Kompromisse zwischen den Wirtschaftsmächten im Triangel wurden bereits innerhalb des „Freisinns“ selbst hergestellt. Ähnliches gilt für die Christliche Volkspartei (CVP), auch wenn in den katholischen Stammländern das Gewicht der Industrie und der Banken geringer war. Einzig die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei (BGB) repräsentierte fast ausschliesslich einen Teil des Triangels, nämlich das Binnengewerbe.

Wirtschaftspolitisch vollzogen FDP, CVP und BGB, das heisst die grosse Mehrheit in Parlament und Regierung, meistens was die Wirtschaftsmächte und ihre Organisationen ihnen vorschlugen. Dominante Dachorganisation der Wirtschaft war der „Vorort“, welcher die Aussenwirtschaftspolitik, aber auch Ansätze einer Industriepolitik (Kredit- und Aussenwirtschaftspolitik; Hochschul- und Forschungspolitik) prägte. Der Präsident des „Vororts“ wurde als „Achter Bundesrat“ bezeichnet, was die Bedeutung dieser Spaltenorganisation zum Ausdruck bringt. Eine wichtige Rolle spielte sodann der Gewerbeverband, welchem in binnengewirtschaftlichen Fragen eine Vetoposition zukam.

Triangel der Wirtschaftsmächte



Darstellung: A. Rieger

Ende der 1960er Jahre begann sich die Dynamik dieses Wachstumsmodells zu erschöpfen. Die Renditen der Industrie verringerten sich, strukturelle Anpassungen und Innovationen waren auf dem expansiven Wachstumskurs vernachlässigt worden. Einem Teil des Bürgertums war klar, dass ein neuer Modernisierungsprozess eingeleitet werden müsste, wollte man Schritt halten mit den konkurrierenden Ländern. Die konservativen Kräfte des Gewerbeverbands stellten sich jedoch quer. In der globalen „Erdölkrise“ rutschte die Schweiz ab 1973 in eine tiefe Wirtschaftskrise: Teile der Industrie erwiesen sich als nicht mehr überlebensfähig. Gegen 10 Prozent der Arbeitskräfte wurden abgebaut und mehrheitlich ins Ausland abgeschoben, sehr viele Frauen wurden entlassen. Nach der heftigen „Restrukturierung“ und Vernichtung von Wirtschaftskapazitäten folgten ab 1983/84 nochmals sieben Jahre Hochkonjunktur. Der Triangel der drei helvetischen Wirtschaftsmächte bestimmte in dieser Zeit weiterhin eine Politik, die jener der 1960er Jahre ähnlich war.

Die *Gewerkschaften* und die *Sozialdemokratie* trugen zur Stabilität dieses Nachkriegsmodells nicht unwesentlich bei. Die Gewerkschaften hatten in den ersten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts eine starke Rolle als politische und soziale Gegenmacht gespielt. Ihre Streikfähigkeit lag damals durchaus im europäischen Durchschnitt, hinzu kam die Referendums- und Initiativfähigkeit. In der Phase der langen Hochkonjunktur liessen sich die Gewerkschaften ins neue politische Kräfteparallelogramm einbinden. Sie leisteten ihren Beitrag zum neokorporatistischen Machtgefüge, indem sie die Lohnabhängigen auf den absoluten Arbeitsfrieden verpflichteten. Bei wirtschaftspolitisch wichtigen Auseinandersetzungen z.B. um den Ausbau von Infrastrukturen, Bildung und Forschung verschafften Gewerkschaften und SP der Industrie und Finanzwirtschaft vielfach die nötigen Mehrheiten,

wenn das konservative Gewerbe blockieren wollte. So kam es immer wieder zu einer „Allianz für Wachstum und Fortschritt“. Als Gegenleistung erreichten die Gewerkschaften Lohn- und Gesamtarbeitsvertragsabschlüsse, welche die Arbeiter und Angestellten am Produktivitätsfortschritt teilhaben liessen.

Krise in den 1990er Jahren bricht den Triangel auf

Ab 1991 stürzten alle Fraktionen des Triangels in eine noch tiefere strukturelle Krise: Die *Bauwirtschaft* und die *Banken* hatten zusammen eine riesige Immobilien-Blase aufgebaut, die nun platzte. Die Folge waren bisher unvorstellbare Abschreibungen bei den Banken und eine Dezimierung der Bauwirtschaft. Die *Industrie* wurde hart von der internationalen Rezession 1991/94 getroffen. Es zeigte sich, dass sie in den 1980er Jahren noch weiter von alten Zeiten gezeehrt hatte und noch nicht auf der Höhe der technologischen Entwicklung war. Erneut wurden grosse Teile der Textil- und Bekleidungs-, der Nahrungsmittel- und der Metallindustrie getroffen, aber auch der Maschinen- und Uhrenindustrie. Am Ende der Krise der 1990er Jahre arbeiteten noch etwa 25 Prozent der Beschäftigten in der Industrie und im Gewerbe, im Jahre 1970 waren es noch mehr als 40 Prozent gewesen!

In dieser Zeit zerbrach der Triangel der Wirtschaftsmächte, welcher über vierzig Jahre lang das Parallelogramm der politischen Kräfte in der Schweiz bestimmt hatte. Am deutlichsten zeigte sich dies bei neuen aussenwirtschaftlichen Herausforderungen: Die Schweiz sah sich mit der EG und dem EWR konfrontiert und konnte ihren Bilateralismus nicht mehr wie bisher weiterverfolgen. Die unterschiedlichen Strategien der Wirtschaftsmächte liessen den Triangel auseinanderbrechen: Das Gewerbe sammelte sich 1992 hinter dem Grossunternehmer und Rechtspopulisten Christoph Blocher zum Kampf gegen den Beitritt zum EWR, während der „Vorort“, Industrie und Banken für den Beitritt Kampagne machten, um der schweizerischen Industrie den ungehinderten Zugang zu den EG-Märkten zu erlauben. Diese tiefe Spaltung der Schweizer Wirtschaftsmächte wiederholte sich in der Folge anlässlich von mindestens vier Abstimmungen: Bilaterale Verträge mit der EU Serie I, IWF-Beitritt, UNO-Beitritt, Bilaterale Verträge mit der EU Serie II. Auch innenpolitisch kam es in Modernisierungsfragen immer wieder zu ähnlichen Spaltungen, etwa beim neuen Eherecht. Die früher meist stabile Front von „Vorort“, Arbeitgeberverband und Gewerbeverband war damit zerbrochen, vom „Vorort“ blieb nur noch ein Schatten. Gleichzeitig begann der Niedergang des Freisinnigen Partei und der CVP.

Die neoliberale Verheissung: Hohe Rentabilität für alle Unternehmensgruppen!

In der langen Krise der 1990er Jahre blieb die Rentabilität des Kapitals für alle drei Fraktionen des Triangels auf tiefem Niveau. Die Hauptfrage der Patrons war damals: Wie können wieder höhere Renditen erreicht werden, ähnlich wie in der Nachkriegzeit oder gar besser? Die Antwort darauf gab scheinbar der Neoliberalismus. Die Banker hatten bereits in den 1980er Jahren an der Wall Street und an der Londoner Börse die „grosse Rentabilität dank Deregulierung“ kennen gelernt, so auch der ehrgeizige Banker und spätere UBS-Chef Marcel Ospel. Es sollte aber bis Mitte der 1990er Jahre dauern, bis in der Schweiz der entscheidende Wandel hin zum neuen Geschäftsmodell der Finanzwirtschaft durchgesetzt wurde.³ Dieses setzte auf

- den Trend zu viel grösseren Banken,
- den Trend zu global verflochtenen Banken,
- die Deregulierung des Bankenwesens, insbesondere des Eigenhandels (Basel I),
- das Projekt von M. Ospel & Co, an der Spitze der grössten Banken der Welt mitzuspielen.

Die neoliberale Neuausrichtung wurde aber nicht allein von den Banken getragen. Das Programm der Deregulierung vermochte auch die Unternehmerschaft aus Industrie und Gewerbe zu mobilisieren. Christoph Blocher leistete dazu einen entscheidenden Beitrag: Es galt, die jahrzehntelang protektionistisch und auf staatliche Subventionen getrimmten Gewerbler für die Deregulierung zu gewinnen, wozu Blochers Schweizerische Volkspartei (SVP) prädestiniert war. In der Industrie liierte sich Blocher als Unternehmer und (Mit-)Eigentümer von EMS und LONZA mit dem Verband der Chemisch-Pharmazeutischen Industrie.⁴ Gleichzeitig war Blocher im Finanzsektor zusammen mit dem Finanzjongleur Martin Ebner ein Vorkämpfer, welcher die z.T. noch traditionell orientierten Grossbanken in die neuen Gepflogenheiten des globalisierten Investmentbankings treiben sollte. Blochers Rolle war janusköpfig: Er war zweifellos ein wichtiger Katalysator der Deregulierung im Gewerbe wie auch treibende Kraft im Streben der Finanzwirtschaft nach Maximalprofiten.

Mitte der 1990er Jahre schien der Neoliberalismus gültige Rezepte für die Problembewältigung in allen Sektoren der Wirtschaft zu liefern und damit Lösungen über die Differenzen der Alltagspolitik hinaus anbieten zu können:

Die *Banken* konnten unter dem Banner des Neoliberalismus die deregulierten Finanzmärkte rund um den Erdball nutzen und gleichzeitig das Schweizer Bankgeheimnis neoliberal als „Asyl“ für alle vom Fiskus Geplagten umdeuten.

Die *Industrie* erhoffte sich, dass weitere Handelsschranken insbesondere in den neuen Märkten der Dritten Welt entfallen und verschiedene Hürden im schweizerischen Binnen-Recht (Arbeitsgesetz, Umweltschutz u.a.) beseitigt würden. Der Neoliberalismus versprach der Industrie tiefere Kosten für Strom, Telekom, Steuern und Soziales in der Schweiz, die Banken versprachen besseren Zugang zu Kapital.

Das *Gewerbe* wiederum verstand den Neoliberalismus als Abbau von Vorschriften und Steuern. „Weniger Bürokratie und Staat – mehr Rendite“, das war der Neoliberalismus des Gewerbeverbands, dem sich Wirte wie Baumeister begeistert anschlossen: Die Wirte liberalisierten mit wehenden Fahnen ihre Branche, schafften Wirtepatente und Prüfungen ab. Die Baumeister stimmten der Binnenmarktliberalisierung zu in der Hoffnung, mit Aufträgen im Nachbarkanton sowie im Ausland die Rendite zu steigern.

Unter den neoliberalen Vorzeichen gaben sich die Wirtschaftsmächte auch eine neue Organisation: Der „Vorort“ und die alte Kampagnenorganisation „Wirtschaftsförderung“ aus der Periode des Triangels wurden aufgelöst und ersetzt durch den neuen Dachverband der Wirtschaft, die „Economiesuisse“. Diese stand von Anfang an klar unter der Führung der Grossbanken und der chemisch-pharmazeutischen Industrie. Der starke Mann und Chef der Finanzen war nun Marcel Ospel. „Economiesuisse“ vereinte die wichtigsten Wirtschaftsmächte Banken, Industrie, Bau, Gewerbe und Handel. Sein Ausschuss wurde ein eigentliches „Zentralkomitee des Kapitals“⁵ – allerdings nicht frei von Widersprüchen.

Die Gewerkschaften wurden im Zuge dieser Neuorientierung radikal infragegestellt. Der damalige Arbeitgeberpräsident Guido Richterich bezeichnete die Gesamtarbeitsverträge als „Auslaufmodelle“, für die Gewerkschaften war eigentlich keine Verwendung mehr, ausser für die Zelebrierung des Arbeitsfriedens. Die Beteiligung der Lohnabhängigen an den Produktivitätsgewinnen war in diesem Programm nicht mehr vorgesehen – ausser auf der Stufe des oberen Managements.⁶ In dieser Situation ist es den Gewerkschaften gelungen, ihre Gegenmacht zu stärken. Sie bauten ihre Streik-, Referendums- und Initiativfähigkeit wieder auf und stellten sie auch unter Beweis. In vielen Wirtschaftsbranchen operierten sie als soziale Gegenkraft in einer Art „konfliktiver Sozialpartnerschaft“.⁷ Auf wirtschaftspolitischer Ebene war der Spielraum für mögliche Allianzen dagegen klein. Die Wirtschaftsmächte standen ständig in Konfrontation zu den Gewerkschaften, etwa wenn es um die Deregulierung des Arbeitsmarktes, der Stromwirtschaft und der Sozialversicherungen ging. Einzig in Fragen der Öffnung des Arbeitsmarktes – Abschaffung des Saisonnerstatuts, Personenfreizügigkeit im Verhältnis zur EU – kam es zu einem Kompromiss, der im Kampf gegen Blocher und die nationalkonservativen Abstimmungsmehrheiten erzielt werden konnte.

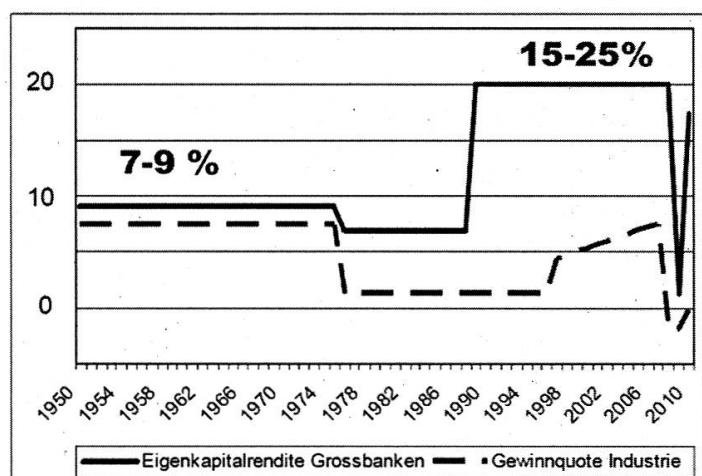
Wirtschaftliche Bilanz des neoliberalen Umbaus bis kurz vor dem Crash von 2007

Was war das wirtschaftliche Resultat des neoliberalen Umbaus für die drei Wirtschaftsmächte bis ins Jahr 2007, also kurz vor dem grossen Wirtschaftsrasch?

Für die *Banken* – und mit ihnen für die Besitzer aller möglichen Arten von Wertpapieren – war das neoliberalen Versprechen voll aufgegangen: Mit Unterbrüchen (Mexico-Krise, Asien-Krise, IT-Krise) konnten Renditen eingefahren werden, die weit höher lagen als je: 20 bis 25 Prozent Eigenkapital-Renditen, das Eldorado war gefunden! Als besonders lukrativ erwies sich der stark ausgebauten Zweig des Investmentbankings und hier besonders der Eigenhandel, der mit immer grösseren Volumina bei immer kleinerem Eigenkapital betrieben wurde. Die neuen Renditen in bisher unbekannter Höhe drückten sich auch in den Honoraren ihrer „Architekten“ aus (Ospel & Co.).

Für den grösseren Teil der *Industrie* war die Rechnung nicht aufgegangen, abgesehen von Multis wie Novartis, Roche oder Nestlé. Die Industrie hat sich zwar als äusserst wettbewerbsfähig erwiesen, 2003 bis 2008 lief sie zur Hochform auf. Aber die Versprechungen des Néoliberalismus wurden nicht eingelöst: Die Finanzwirtschaft hatte der Industrie nicht geholfen – im Gegenteil erwiesen sich einzelne Funds als Aasgeier, welche auf unterbewertete Industrien spekulierten, um sie auszuschlachten. Die Steuern und Abgaben sanken nicht wie versprochen, der Strom wurde nach der (Teil-)Liberalisierung sogar teurer. Gleichzeitig musste die Industrie immer mehr ausgeben für Kader, Berater und Akademiker, deren Löhne/Honorare vom Hype in der Finanzwirtschaft massiv nach oben getrieben wurden. Die Rentabilität der Industrie blieb über die gesamte Periode gesehen moderat; sie lag unter dem Niveau der 1950er/60er Jahre und weit unter jener der Banken.

Renditen-Schere Banken – Industrie

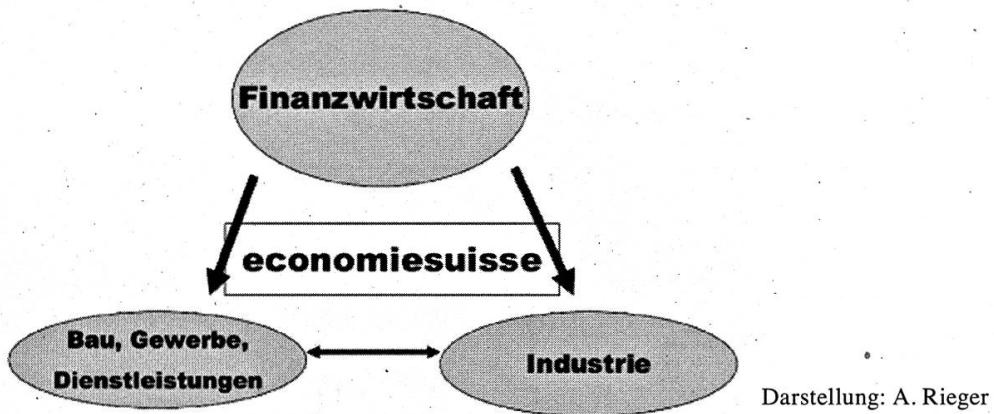


Darstellung: A. Rieger

Aus ähnlichen Gründen ging die Rechnung auch für die *Binnenwirtschaft* nicht auf. Die Baumeister waren zwar durchaus konkurrenzfähig, auch mit den Mitbewerbern aus dem Ausland. Aber alle Konkurrenzfähigen drückten miteinander im deregulierten Markt auf die Margen, und die Rendite blieb bescheiden. Als Baumeister konnte man zwar durchaus noch reich werden, aber nicht mit Bauen, sondern mit Boden und Immobilienhandel. Ähnlich im Gastgewerbe: Die Wirsche hatten die staatlichen Regulierungen zwar über Bord geworfen, die strukturellen Überkapazitäten der Branche wurden aber damit nur noch grösser, indem nun jede und jeder Etablissements eröffnete. Von Ausnahmen abgesehen bleibt die Rentabilität in der Restauration wie auch in der Hotellerie bescheiden.

Insgesamt sind die Fraktionen des Triangels der Wirtschaftskräfte in der neoliberalen Phase erstmals seit Jahrzehnten ökonomisch weit auseinander gedriftet. Die Finanzwirtschaft hatte einen grossen Teil des Gewinns „abgesahnt“ und die beiden anderen Partner gingen weitgehend leer aus. „The winner takes it all“!¹⁸ Die Bilanz des Neoliberalismus war also ökonomisch nur für die Finanzwirtschaft gut. Dies wirkte sich auch auf die Machtverhältnisse aus: Die Finanzwirtschaft wurde zum dominierenden Zentrum innerhalb des Unternehmerlagers; von einem Gleichgewicht in einem Triangel konnte nicht mehr die Rede sein, er hat sich in eine Pyramide verwandelt, an deren Spitze die Finanzwirtschaft sowie die Multis der Pharmaindustrie stehen. Mit 6 Prozent aller Beschäftigten sicherte sich die Finanzwirtschaft 2007 12 Prozent des BIP und 25 Prozent aller Gewinne. Die Grossbanken stellen in dieser Pyramide eigentliche Oligopole dar, deren Bilanzsumme zusammen 80 Prozent aller Finanzinstitute in der Schweiz umfasst – das Siebenfache des gesamten BIP!

Die Pyramide der Wirtschaftsmächte



Der politische Einfluss der neuen „Meister des Universums“ stieg gewaltig, regelmässig lasen sie der Politik die Leviten (z.B. Lukas Mühlemann, ehemaliger CEO der Crédit Suisse Group, in seinen „Thesen“). Sie pflegten die direkten Verbindungen zu den wichtigsten Exponenten der

Behörden, placierten eigene Leute (vgl. etwa die Nomination des Ex-UBS-Bankers Eugen Haltiner zum Chef der Schweizerischen Finanzmarkt-Aufsichtsbehörde FINMA). „Economiesuisse“ und der Think Tank „Avenir-suisse“ waren und sind von den Banken und Versicherungen finanziert, genauso wie die bürgerlichen Parteien und die von ihnen geführten politischen Abstimmungskampagnen. Bei diesen kommen regelmässig Beträge in ein- bis zweistelliger Millionenhöhe zum Einsatz, welche der Kassier der „Economiesuisse“ eintreibt – zu einem wesentlichen Teil bei der spendablen Finanzwirtschaft.⁹

Kehrseite der Stärke der Finanzwirtschaft ist die Schwäche der Realwirtschaft: Der Gewerbeverband hatte seine Bedeutung bereits während der langen Krise der 1990er Jahre verloren und seither nicht wiedergewonnen. Die früher starken Industrieverbände, wie der Verband der Maschinenindustrie „swissmem“, wurden in den 1990er Jahren ebenfalls dezimiert. Die Unternehmensführer in der Industrie hatten in der Folge mehrheitlich andere Sorgen als die Verbundspolitik. Nicht wenige Betriebe blieben den Verbänden fern. Mitte der 1990er Jahre musste „swissmem“ aus Kostengründen sogar ein Abbauprogramm im Verbandsapparat durchziehen. Dies schwächte die Einflussnahme der ehemals stolzen und starken Industrieverbände.

Weshalb formierte sich in dieser Periode nicht mehr Widerstand aus Unternehmerkreisen gegen die sich öffnende Renditenschere und gegen die Vorherrschaft der Finanzwirtschaft? Dies war insbesondere der Tatsache geschuldet, dass fast alle Besitzenden in der einen oder anderen Form am Hype der Finanzwirtschaft beteiligt waren.¹⁰ Viele Industrieunternehmen schlossen in der Mitte des ersten Jahrzehnts nur darum ihre Rechnungen gut ab, weil sie gute Vermögenserträge verbuchten. Die Grossen der Pharmaindustrie werden ja oft als „Banken mit pharmazeutischen Forschungs- und Entwicklungsabteilungen“ bezeichnet. Baumeister konnten da oder dort einen guten Kauf und Verkauf tätigen und mit Sondererträgen die Rechnung aufbessern. Schliesslich legten auch Unternehmer des „Werkplatzes“ grössere Teile ihres Privatvermögens auf den Finanzmärkten an und hofften, wenigsten da an den fabulösen Renditen teilzuhaben.

Der Crash und seine Folgen

2007/08 fuhr das Finanzsystem mit Volldampf gegen die Wand. Die Grossbank UBS musste vom Bund gerettet werden, viele Besitzende und Unternehmen sahen ihre Wertschriftenvermögen um einen Viertel einbrechen. In der Folge wurde auch die gut aufgestellte Schweizer Export-Industrie in die Krise gerissen. Bisher florierende Industrieunternehmen schrieben Verluste und mussten (Teil-)Schliessungen vornehmen. Nach einem vorübergehenden Aufschwung der meisten Export-Unternehmen ab der zweiten Hälfte 2009 zeichnet sich heute bereits eine Fortsetzung unsicherer Zeiten für die Industrie ab, unter anderem wegen des zu starken

Frankens. Welche Bilanz ziehen die einzelnen Wirtschaftsmächte heute? Beginnt vor dem Hintergrund der kurzzeitig geschwächten Finanzwirtschaft nun ein Machtkampf, in welchem Industrie und Gewerbe ihre eigenen Interessen in den Vordergrund stellen und die Übermacht der Banken wieder zurückzudrängen versuchen?

In der *Finanzwirtschaft* sieht die Mehrheit der Verantwortlichen keinen grundlegenden Korrekturbedarf. Für UBS-Präsident und Altbundesrat Kaspar Villiger ist klar, dass nicht die De-Regulierung der Finanzwelt, sondern zu viele und falsche Regulierungen für die Krise verantwortlich waren.¹¹ Die Grossbanken haben ihre Bilanzsumme etwas zurückgefahren, sie beträgt aber immer noch das Fünffache des BIP, und sind widerwillig bereit, das Eigenkapital etwas zu erhöhen, allerdings nur nach eigenem Gusto „risikogewichtet“. Zudem scheint den Banken angesichts des internationalen Drucks gegen Steuerfluchthäfen klar zu werden, dass eine Neuregelung des Bankgeheimnisses nicht mehr zu umgehen ist. Ansonsten sehen die Banken aber keinen Re-Regulierungsbedarf. Boni sollten lediglich etwas weniger kurzfristig in persönliche Gewinne umgesetzt werden können.

Die *Exportwirtschaft* ist primär mit der Überwindung der Krisenfolgen in den einzelnen Unternehmen beschäftigt. Forderungen nach einer starken Regulierung und Zurückbindung der Finanzwirtschaft dürften bei den Industriechefs zwar eine Mehrheit finden. Für sie wäre es sicher besser, vom kurzfristigen Terror der Rating Agenturen und der Börsenkurse, von den Raids der Private Equity verschont zu werden, nicht mehr zusehen zu müssen, wie Spitzenkräfte abwandern zu den Banken oder teuer bezahlt werden müssen – und nicht mehr denken zu müssen, die Banken „verschleudern“, was in der Industrie hart erarbeitet wurde. Solche Hoffnungen hegen zwar viele Industrielle, aber nur wenige äussern sie. Thomas Schmidheiny vom Baustoffe-Konzern Holcim monierte, „Eigenkapitalrenditen von 15 % und mehr können über längere Zeit gar nicht real erwirtschaftet werden“. Carsten Schloter von der Swisscom meinte, wer glaube, dass in der Finanzwirtschaft Werte geschaffen würden, sei reif für die Psychiatrie. Swatch-Chef Nicolas G. Hayek bedauerte, „dass wir der Finanzwirtschaft eine dominante Stellung gegenüber der Realwirtschaft und gegenüber dem politischen Establishment überlassen haben“, und kritisiert „die Mentalität jener Finanzleute, die ohne Produktivität – ohne neue Reichtümer zu schaffen – zu schnell zu viel Geld verdienen wollen, auf Kosten anderer Menschen.“ Sein Sohn Nick Hayek antwortete auf die Frage, warum sich nach der Krise noch wenig geändert hat: „Zu viele haben ein Interesse, dass das System nicht ändert: Die Banken, die Finanzinstitute und all jene, welche aus Geld Geld machen, aber real keinerlei Werte schaffen. Sie haben es bis jetzt geschafft, dass sich nichts ändert. Aber das kann nicht von Dauer sein.“¹²

Die *Binnenwirtschaft* scheint derzeit ziemlich desorientiert zu sein. Der Gewerbeverband fordert wöchentlich in seiner Zeitung die Fortsetzung des

Neoliberalismus mit Abbau von Steuern und Bürokratie. Dabei müsste das Gewerbe eigentlich für eine harte Regulierung der Banken sein, für eine Postbank, welche in guter Konkurrenz zu Raiffeisen und Kantonalbank die kleinen und mittleren Unternehmen mit Krediten versorgt. Das Gewerbe müsste für ein grosses ökologisches Umbau-Projekt eintreten, das viel und gute Arbeit für Planer, Techniker, Handwerker aller Art bringen würde. Stattdessen polemisiert der Gewerbeverband gegen jeglichen staatlichen Impuls. Einer der wenigen, die nach der Krise nicht genauso weitermachen wie vorher, scheint der Baumeisterpräsident Werner Messmer zu sein: Er kritisiert die Banken und auch das Bankgeheimnis hart, ebenso die Privatversicherer, welche ihre Rendite auf Kosten der KMU wieder steigern möchten.

Insgesamt behält „Economiesuisse“ das Heft in der Hand und wacht darüber, dass es keine Abkehr vom Neoliberalismus gibt. An der Spitze dieser Organisation hat der Crash einzig zum Abgang von Marcel Ospel geführt, der als Zahlmeister durch einen Vertreter der Versicherungen ersetzt wurde. Dass nun neu auch Daniel Vasella von Novartis Einsitz im Ausschuss von „Economiesuisse“ nimmt, zeigt die Bedeutung dieses Leitorangs und untermauert die Vorherrschaft der Finanzwirtschaft und Pharma-Multis. Bisher konnte „Economiesuisse“ alle politischen Versuche, aus der Krise härtere Konsequenzen zu ziehen, verhindern: Weder untersucht eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) das Geschäftsgebaren der UBS-Spitze, noch gibt es eine Boni-Steuer, noch Auflagen an die Grossbanken, welche eine Änderung des Geschäftsmodells erzwingen würden. Widerspruch gegen diese weiterhin stark von der Finanzwirtschaft geprägte Politik blieb schwach. Der Unternehmer und neue FDP-Bundesrat Johann Schneider-Ammann, während und nach der Krise selbst Mitglied des Ausschusses von „Economiesuisse“, hat zwar mit viel Werkplatz-Rhetorik den Banken ins Gewissen geredet und einmal sogar – angesichts drohender Kredit-Klemme – eine staatliche Kreditförderung prüfen wollen. Letztlich hat Schneider-Ammann aber im Parlament immer gänzlich im Sinne des neoliberalen Lagers abgestimmt.

Ausblick – ein Richtungswechsel ist nötig

Statt neue Folgerungen aus der Krise zu ziehen, haben sich die traditionellen Wirtschaftsmächte unter der Ägide von „Economiesuisse“ nochmals darauf geeinigt, den Streit nicht unter sich auszufechten, sondern die Rechnung für den Wirtschaftsrasch an den Staat und an die breiten Bevölkerungsschichten weiterzureichen. Risse in dem von „Economiesuisse“ geprägten Block treten erst in Einzelfällen zutage. So etwa beim Verhalten des Baumeisterpräsidenten, der zusammen mit den Gewerkschaften die von den Privatversicherern initiierten Gesetzesänderungen bekämpfte, welche die öffentlich-rechtliche Schweizerische Unfallversicherungsanstalt SUVA aushungern sollten. Hier gelang es, für einmal auch den Gewerbeverband einzubeziehen. Umgekehrt

wurde bei diesem Fall deutlich, wie schamlos der Versicherungsverband mit seiner ökonomischen Potenz den Freisinn und die CVP, aber auch den Arbeitgeberverband im Sinne seiner Interessen erpresst hatte. Offen gegen die UBS und gegen die Weigerung, aus der Krise Folgerungen zu ziehen, treten auch einzelne Unternehmensleitungen wie z.B. jene der Swatch auf. Solche Beispiele werden häufiger werden, wenn die Re-Regulierung nach der Krise ausbleibt, eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung auf sich warten lässt oder gar neue Einbrüche erfolgen.

Ein grundlegender Richtungswechsel wird jedoch nur möglich sein, wenn die Dominanz der Finanzmächte und die geballte Macht der oligopolistischen Grossbanken gebrochen werden. Dabei geht es um weit mehr als die Abwendung der Grossrisiken, die mit der Problematik des „too big to fail“ verbunden werden. Es braucht eine Re-Regulierung, welche den Renditenerwartungen von 20 oder 25 Prozent in diesem Sektor die Grundlage entzieht und die Grossbanken zerlegt (Trennbankensystem) oder dezimiert (keine einzelne Bank darf wirtschaftlich grösser als das BIP sein). Ebenso muss die politische Macht, welche die Finanzoligarchen in den letzten Jahren erreicht haben, umgestaltet werden. Die Einflussnahme über gekaufte politische Kampagnen ist mit Demokratie nicht vereinbar. Wird die Dominanz der Finanzwirtschaft nicht gebrochen – eine Aufgabe, die natürlich nicht nur in der Schweiz ansteht –, so dürfte jeder grundlegende, fortschrittliche Richtungswechsel eine Illusion bleiben. Im Gegenteil droht uns ein „autoritäres 21. Jahrhundert“, wie Ralf Dahrendorf befürchtete.¹³

Die Zurückstufung der Finanzwirtschaft muss einhergehen mit dem Wechsel zu einem neuen Investitionszyklus im Rahmen eines ökologisch gewendeten Modells von Produktion, Distribution und Konsum.¹⁴ Ein solches Modell könnte für grosse Teile von Industrie und Gewerbe durchaus von Interesse sein. Für Gewerkschaften ist ein solcher Richtungswechsel nicht nur aus Gründen der ökologischen Nachhaltigkeit wünschbar, sondern auch als Perspektive für die Qualifizierung und Beschäftigung der Lohnabhängigen.¹⁵ Natürlich bliebe dabei die soziale und die Verteilungsfrage weiterhin ungelöst. Gegenüber der Machtkonzentration einzelner Unternehmensgruppen insbesondere in der Finanzwirtschaft, aber auch in der Industrie, und der daraus folgenden Tendenz zu immer autorärreren Mechanismen der Durchsetzung zentraler Entscheidungen gilt es schliesslich, die demokratischen Gegenkräfte zu stärken. „Die Demokratisierung politischer und wirtschaftlicher Entscheidungsprozesse erweist sich so gesehen als Schlüsselfrage einer umfassenden Transformationsstrategie“, hält Hans-Jürgen Urban, Theoretiker der IG-Metall, fest.¹⁶

Eine solche Perspektive¹⁷ ist Ziel einer zukünftigen Strategie, die sich allenfalls in einzelnen Projekten (ökologische Bausanierung, Cleantech-Initiative etc.) punktuell umsetzen lässt. Derzeit sind die Gewerkschaften jedoch vor allem herausgefordert, als politische Gegenmacht die unmittelbar bedrohten Interessen und Errungenschaften der Lohnabhängigen,

Arbeitslosen und RentnerInnen zu verteidigen. Dass die Abwehr nicht ohne Chance ist, zeigten die Erfolge in den Auseinandersetzungen um die Senkung der Rentensätze in der Beruflichen Vorsorge BVG und um den Abbau bei der Altersvorsorge AHV.

Anmerkungen

- 1 Vgl. André Mach: La redéfinition du block bourgeois au cours des vingt dernières années. In: Denknetz Jahrbuch 2007, Zürich, S. 132-140; Willi Eberle/Hans Schäppi: Ungleichheit und Herrschaft in der Klassengesellschaft Schweiz. Zur Politik der Klasse der Lohnabhängigen. In: Widerspruch Heft 52, Zürich 2007, S. 75-83.
- 2 Vgl. Hans Tschäni: Wer regiert die Schweiz?, Zürich und Schwäbisch Hall 1983.
- 3 Sehr gut nachgezeichnet wird dies im Buch von Peter Hablützel: Die Banken und ihre Schweiz, Zürich 2010
- 4 Im Wirtschaftsausschuss des Schweizerischen Verbandes der chemisch-pharmazeutischen Industrie war Ch. Blocher beteiligt an den ersten Skizzen für die spätere „Economiesuisse“.
- 5 Vgl. die Gewerkschaftszeitung work, 2.4.2004.
- 6 Zur Entwicklung der Lohnquote in der Schweiz: Hans Baumann: Verteilungsbericht 2010, Entwicklung und Verteilung des Arbeitseinkommens in der Schweiz. Jahrbuch 2010 des Denknetz Schweiz.
- 7 Vgl. Andreas Rieger: Entwicklung und Bedeutung der GAV in der Schweiz. In: A. Andermatt et. al. (Hrsg.), Handbuch des kollektiven Arbeitsrechts. Basel 2009, S. 97-122. Daniel Oesch: Weniger Koordination, mehr Markt? Kollektive Arbeitsbeziehungen und Neokorporatismus in der Schweiz seit 1990. In: *Swiss Journal of Political Science* 13 (3), 2007, S. 337-368.
- 8 Dies führte auch zu einer sinkenden Investitionsquote. Vgl. dazu das Working Paper des Denknetzes vom April 2010: „Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion“. http://www.denknetz-online.ch/IMG/pdf/Text_Krise_der_gesellschaftlichen_Investitionsfunktion_def-2.pdf
- 9 Zur Diskussion über die Rolle der organisierten Macht ausübung durch die Wirtschaftsmächte siehe: U. Mäder, G. Aratnam, S. Schilliger: Wie Reiche denken und lenken, Zürich 2010, S. 81 ff.
- 10 Vgl. Soiron im NZZ-Interview vom 11.7.09.
- 11 Vgl. sein Buch: Eine Willensnation muss wollen, Zürich 2009.
- 12 Nick Hayek, BILANZ, 8.9.2010.
- 13 Zit. nach Ueli Mäder u.a.: Wie Reiche denken und lenken, S. 388 (vgl. Anm. 9).
- 14 Vgl. Denknetz Fachgruppe Politische Ökonomie: Die Krise der gesellschaftlichen Investitionsfunktion. Jahrbuch Denknetz 2010.
- 15 Dieses Modell müsste zu einem guten Teil nach innen, auf die Binnenwirtschaft gerichtet sein und dürfte nicht die „Exportweltmeisterschaft“ der Schweiz weiter auf die Spitze treiben. Denn genauso wie das deutsche Exportmodell ist auch das derzeitige schweizerische ein wesentlicher Treiber des globalen wirtschaftlichen Ungleichgewichts.
- 16 Hans-Jürgen Urban: Von der grossen Krise zum Aufbruch der Gewerkschaften? Denknetz Jahrbuch 2010, S. 124.
- 17 Hans Schäppi skizziert die Perspektive etwas umfassender in seinem Beitrag: Auswege aus der Wirtschaftskrise. Eine Strategie von unten. In: Widerspruch Heft 57, 2009, S. 103ff.